

Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion zum Haushalt 2017 der Stadt Erkrath

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Das habe ich selbst hier auch noch nicht wirklich erlebt, dass wir nämlich über zwei Haushaltsentwürfe reden. Ja, klar, dass wir Haushaltsreden hören, von denen eher unbeteiligte ZuhörerInnen annehmen müssten, es handele sich um verschiedene Sachverhalte oder gar um „Parallelwelten“, das passiert hier öfter – und es steht zu vermuten oder muss ich sagen: zu befürchten, dass das auch heute nicht anders ist. Und was sage ich: Die Rede des CDU-Kollegen Jöbges bestätigt das – leider.

Aber das meine ich gar nicht. Sondern, dass die Verwaltung erst einmal einen Haushalt eingebracht hat, von dem sie nach allen Beschlusslagen des Rates und seiner Ausschüsse „wusste“, dass er nicht passen könne, weil die Projekte der „Sozialen Stadt“ schlicht negiert und nicht „eingepreist“ waren.

Das war nicht in Ordnung, das war nicht gut. Aber das haben der Bürgermeister und die Verwaltung ja mittlerweile eingesehen und nachgeholt. Das war über weite Strecken doppelte Arbeit, die wir uns gemeinsam hätten sparen können.

Strukturell ist der mit den 170 Veränderungsanträgen der Verwaltung faktisch neu erstellte Haushalt nicht besser oder schlechter als das ursprüngliche Zahlenwerk, aber es führt jetzt den Nachweis, dass die Soziale Stadt eben nicht in Verschuldungschaos, Haushaltskrise oder sonstige Abgründe führt. Das ist alles knapp und auf Kante genäht, stimmt, aber es ist machbar.

Das ist allerdings auch der Unterschied zu dem, was die CDU heute wieder vermissen lässt: Sie stimmt den Aufgabenkanon an ohne ein Wort zur Finanzierung beitragen. Wenn die CDU wirklich die zentralen Projekte der Sozialen Stadt auch will: die Grundschule und einen Kindergarten in der Sandheide neu errichten, eine KiTa sanieren, das Sozialkaufhaus „machen“, damit neben den sozialen Erfordernissen auch das Schulgebäude Schmiedestr. frei geräumt wird, den Stadtweiher vor dem biologischen Tod bewahren usw. – dann muss sie mal sagen, wie das denn ohne Fremdmittel gehen soll. Aber was ist damit? Fehlanzeige!

Ich werde auch hier kein Triumphgeheul anstimmen, weder dass wir es ja schon immer gewusst hätten, noch dass die Teilnahme an den Förderprogrammen der Sozialen Stadt ein Allheilmittel wäre.

Nein, wir und ich ganz persönlich sehen natürlich vor allem die Chancen der Mitwirkung und Teilnahme, ja, doch wir verkennen oder verleugnen auch die Risiken nicht.

Und ja, es ist eine Riesenaufgabe für die Stadt, sowohl die Feuerwehrprojekte wie auch die Soziale Stadt und die Gute Schule 2020 und den Ausbau der Kindertagesbetreuung und und und zugleich zu schultern.

Es hat hier im Stadtrat und erst recht in den „Sozialen Medien“ einige üble und sehr persönliche Anfeindungen deswegen gegeben. Ich möchte dazu ein persönliches Wort an Sie richten: Erinnern Sie sich an meine Redebeiträge in den Beratungen

oder lesen Sie meine Stellungnahmen für die SPD dazu im Rat nach, die alle veröffentlicht worden sind, und seien Sie versichert:

Sie MÜSSEN mir nicht glauben, aber Sie KÖNNEN mir glauben und abnehmen, dass stimmt was ich sage. So war das mit meinen Mitteilungen zur Entwicklung der Förderkulissen und –konditionen wie der Fördersätze. Ich habe nicht und ich werde Sie nicht hinter die Fichte führen, um ein Wort des neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier aufzugreifen.

Wir werden nicht jedes Projekt gefördert bekommen und vielleicht auch nicht alle geförderten Maßnahmen in der je erwarteten Höhe an Euro und Cent, aber es wäre fahrlässig, nein, es wäre sogar verantwortungslos, deshalb die Chance gar nicht erst anzugehen auf

Förderung für eine neue Feuerwache, für die Grundschule und KiTa-Maßnahmen in der Sandheide, für das Sozialkaufhaus Erkrath mit der Erkrather Tafel, dem TSV-Hochdahl und „Die Werkstatt“, für den Stadtweiher und zahlreiche weitere Infrastruktur-, Wohnumfeld- und Lebensbereiche der Menschen in unserer Stadt.

Wir setzen darauf, dass nachdem nun der Streit über das „ob“ einer Bewerbung als Soziale Stadt entschieden ist, das „wie“ der Gestaltung und der Maßnahmen einvernehmlich(er) zwischen der Verwaltung, uns als den Befürwortern der Grundidee und künftig auch den bisherigen Skeptikern diskutiert und entschieden werden wird. DAS nämlich bringt die Stadt insgesamt voran.

Das geschieht übrigens anders, als die CDU hier wiederum falsch darzustellen versucht, in der Reihenfolge: Antrag für konkrete Maßnahmen eines Jahres stellen, Bewilligung bekommen und dann durchführen und Zuschuss bekommen. Was nicht bewilligt werden sollte, wird nicht angefangen. Das „Risiko“ für die Projekte ist also eher gering oder die Projekte müssen und sollen ohnehin gemacht und damit „notfalls“ auch von der Stadt allein bezahlt werden.

Wir wollen dabei - auch dabei - Maß und Ziel halten. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen neuen Stellen für die Soziale Stadt sind uns in der Größenordnung jetzt zu viel und zusammen genommen noch nicht alle nötig.

Da wir weitere zusätzliche Stellen in der Kinderbetreuung in unseren KiTas und in unseren OGS sowie auch wegen gesetzlicher Änderungen im Rettungswesen sofort brauchen, müssen wir andere Bereiche der Verwaltung jedenfalls zunächst zurückstellen. Für die SPD erkläre ich, dass das Nichteinrichten der Stellen in der „inneren“ Verwaltung oder für die interne Koordination der Soziale Stadt-Aufgaben kein Ewigkeitskriterium ist. Wir werden da beizeiten nachsteuern.

An der Stelle wollen wir uns ausdrücklich bedanken bei all denen, die im Jugendamt, im Immobilienmanagement, in unseren KiTas Fasanenstr., Schinkelstr., Millrath-West und Unterfeldhaus sowie im Kreis der Tagespflegepersonen aktuell und akut zusätzliche Plätze für die Kinderbetreuung einrichten und schaffen. Da auch das Land gerade heute erklärt hat, weitere 20.000 Plätze in NRW neu zu bauen, hoffen wir, dass wir in Erkrath unseren Anteil davon „abkriegen“ und noch in diesem Haushaltsjahr verbuchen können!

- Landesprogramm Gute Schule 2020: Zwei Millionen Euro helfen in den nächsten vier Jahren die Erkrather Schulen baulich und ausstattungsmäßig deutlich voranzubringen

- Hilfe zur Erziehung / Delegation von Aufgaben an freie Verbände – Wie zuvor bereits beschlossen soll im Jugendhilfeausschuss zunächst geklärt werden, welches inhaltliche Konzept wir wollen und wie das von wem zu welchen Kosten umgesetzt werden soll. Daher bleibt das Budget dafür zunächst erhalten
- Betriebskostenpauschale für Sportvereine – Wir erwarten von den Sportvereinen wie von ihnen angekündigt konkrete Vorschläge zu Kosteneinsparungen bzw. Kostenentlastungen
- Neue „Organisation“ des städtischen Planens und Bauens und ggf. Finanzierens haben wir als Vorschlag in den Feuerwehrausschuss und in den Haupt- und Finanzausschuss eingebracht
- Rückfluss von Mitteln aus der Landschaftsverbandsumlage des Kreises: Wir erwarten rund eine Million Euro als einmalige Rückzahlung nicht benötigter Rückstellungen noch in diesem Jahr, das mindert den Finanzbedarf und vergrößert daher den Abstand zur 5-%-Grenze, aber kein Ersatz für eine dauerhafte Mehreinnahme

Unser großer Dank richtet sich an alle in unserer Gesellschaft, die als Einzelne, als Mitglieder von Vereinen oder als Beschäftigte der Verwaltung auch im letzten Jahr Hervorragendes zur Aufnahme und zur Integration zu uns geflüchteter Menschen getan haben. Das ist und das bleibt sicher noch geraume Zeit eine ständige Aufgabe. Wir sind stolz darauf, dass auch hier in Erkrath die Unterstützung so groß war und ist. Wir sind zuversichtlich, dass bei dem „Ankommen“ der Menschen in den Einrichtungen und Institutionen für Sprache und Bildung, auf dem Wohnungs- wie dem Arbeitsmarkt das Engagement Aller so vorbildlich bleibt.

Wir haben mittlerweile bereits den neunten Haushalt, der nicht ausgeglichen ist, wo wir mehr ausgeben als wir einnehmen. Und ich erkläre auch jetzt wieder wie in den Vorjahren:

Wir sind davon überzeugt, dass diese missliche Lage schon in den letzten Jahren zu Sparanstrengungen geführt hat ohne die wir längst im Haushaltssicherungsverfahren wären. Wir sind überzeugt, dass wir uns weder bei den Pflichtaufgaben überhöhte Standards leisten noch dass wir bei tatsächlich oder vermeintlich „freiwilligen“ Aufgaben üppig mit Geld umgingen.

Nein, wir haben weniger ein Ausgaben- als ein Einnahmenproblem.

Wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, wenn wir der heimischen Wirtschaft gute Infrastrukturen bei Betreuung und Bildung, Kultur und Sport, Straßen, Brücken, Ver- und Entsorgung, Kommunikation und Digitalisierung anbieten wollen, müssen wir sie auch an der Finanzierung angemessen beteiligen.

Darauf machen wir in jedem Jahr auch bei den Haushaltsberatungen aufmerksam und deshalb finden Sie auch in meinen Stellungnahmen immer wieder den Hinweis darauf, dass wir sparsam mit dem uns anvertrauten Geld umgehen, aber auch, dass wir ohne eine verkräftbare Steueranhebung strukturell nicht aus der Misere heraus kommen werden.

Auch 2017 kann dafür keine Gewerbesteueranhebung in Betracht kommen, das ist angesichts der Lage in den Nachbarkommunen mit ihren Flächenangeboten – erschlossen und im Eigentum der Gemeinden – sowie ihren Kampfpreisen bei der Gewerbesteuer für uns völlig ausgeschlossen.

Eine Steuerart jedoch, die uns alle gleichermaßen als Private oder als Unternehmen (be)trifft und den Wert bzw. die Bebaubarkeit der Grundstücke zur Anknüpfung der Steuerbeträge macht, die Grundsteuer B, ist ein „gerechtes“ Instrument für die Refinanzierung eines Teils der öffentlichen Aufgaben der Kommune.

Wir schließen uns deshalb dem Vorschlag der Verwaltung an, den Hebesatz für die Grundsteuer B um 100 Punkte auf dann 520 Punkte anzuheben und werden -

zusammengefasst - daher dem Haushalt für 2017 in dieser Form zustimmen.

Unser Vorschlag, befristet für drei Jahre sogar 120 Punkte mehr zu nehmen, hat in den Vorberatungen leider keine Mehrheit gefunden. Das ist bedauerlich, denn so schrappen wir weiter an der 5-%-Grenze des Werteverzehrs entlang, die zu reißen uns zu Einschränkungen der Angebote und Dienstleistungen für BürgerInnen und Wirtschaft in nie gekannte Dimensionen zwingen würde.

Diese Erhöhung enthebt uns nicht der Notwendigkeit weiterer Sparanstrengungen, die wir im entsprechenden Arbeitskreis Haushaltswirtschaft weiter betreiben werden, vielleicht dann auch mit geschlossenerer Unterstützung aller Fraktionen.

Wir sagen abschließend Danke an die Verwaltung, insbesondere an den Kämmerer Thorsten Schmitz und sein Team vor allem für die tatkräftige Unterstützung unserer Beratungen.

Detlef Ehlert